

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	15.03.2012

Bürgerhaushalt 2012 - Anfrage aus der Bezirksvertretung Innenstadt

In ihrer Sitzung am 19.01.2012 bat die Bezirksvertretung Innenstadt die Verwaltung im Zusammenhang mit der Beratung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren um zusätzliche Informationen:

Kinder/ Jugend

Seite 11, Rang 11, Vorschlag Nr. 407 – Skatebare Orte „Skulpturen“ in Köln

Herr Mevenkamp bittet um Auskunft, wie viele Skate-Orte von der Verwaltung geplant werden und wie die jeweilige Finanzierung aussieht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die im Vorschlag beschriebenen skatebaren Skulpturen sind noch nicht in Planung, da es sich um eine völlig neue Idee handelt, für die aber eine Umsetzung vorstellbar ist. Hier bedarf es weiterer Prüfungen.

Unabhängig davon werden aber in neue Planungen skatebare Flächen aufgenommen. Zurzeit entsteht unterhalb der Zoobrücke im Rheinpark der Familienpark mit vielfältigen Sportmöglichkeiten, unter anderem mit einer kleinen Fläche für Rollsportarten. Diese Maßnahme wird aus Landesmitteln des Programms „Mülheim 2010“ finanziert. Weiterhin entsteht in Kürze an der Düsseldorfer Str. in Mülheim ein neuer Spielplatz, der auch eine kleine Fläche für Rollsportarten enthalten wird. Diese Maßnahme wird durch den Investor der Wohnanlage finanziert.

Es ist geplant, ein gesamtstädtisches Konzept unter Einbeziehung der unterschiedlichen Rollsportarten zu entwickeln und den politischen Gremien vorzustellen. Die Verwaltung steht in ständigem Austausch mit den Sportlern, die Erstellung des Konzepts ist jedoch abhängig von der politischen Entscheidung über die Umsetzung und Finanzierung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt.

Seite 17, Rang 20, Vorschlag 356 – BMX-Plaza für Köln

Frau Dr. Reimers fragt, wieso die Verwaltung in ihrer Stellungnahme nicht den neu errichteten BMX-Platz unter der Zoobrücke erwähnt und wieso dieser nicht genutzt wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf der Fläche unterhalb der Zoobrücke im Rheinpark wird keine BMX-Fläche geplant, sondern dort entsteht zurzeit der Familienpark mit vielfältigen Sportmöglichkeiten (Minigolf, Klettern, Basketball etc.), unter anderem auch mit einer kleinen Fläche für Rollsportarten. Die Skaterfläche unterhalb der Zoobrücke wurde vom Rat abgelehnt, stattdessen entstand die Skaterfläche im Rheinauhafen.

Kultur

Seite 33, Rang 15, Vorschlag Nr. 570 und Seite 39, Rang 22, Vorschlag Nr. 217 – Kommunales Kino/ Filmkultur

Herr Graf weist darauf hin, dass der Riphahnsche Filmpalast ein exzellenter Ort wäre und fragt, welche Anstrengungen die Verwaltung unternimmt, das leider vor sich hin rottende Gebäude zu reaktivieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Hierzu wird auf Anlage 1 verwiesen (Mitteilung 0277/2012 an den Ausschuss Schule und Weiterbildung, Wirtschaftsausschuss, Ausschuss Kunst und Kultur).

Wirtschaftsförderung

Seite 43, Rang 3 Vorschlag Nr. 17 – Vorrang von ÖPNV/ KVB und Taktrate erhöhen

Herr Mevenkamp bittet die Verwaltung um Prüfung, ob an den Stellen, an denen die meisten Falschparker registriert wurden, Markierungen angebracht werden können, um eine Behinderung des ÖPNV durch Falschparker zu vermeiden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 12 Abs. 4 letzter Satz der Straßenverkehrsordnung (StVO) darf im Fahrraum von Schienenfahrzeugen nicht gehalten werden. Nach Erkenntnissen des Ordnungs- und Verkehrsdienstes gibt es nur vereinzelte Behinderungen für die KVB (ca. 1-mal pro Monat). Die bekannt gewordenen Behinderungen sind auch bereichsmäßig verteilt, so dass es keine Stellen mit "gehäuften" oder wiederkehrenden Behinderungen auf der Zülpicher Straße gibt.

Angesichts dieser Situation und Rechtslage sind aus Sicht der Verwaltung keine weiteren Maßnahmen erforderlich.

Seite 48, Rang 11, Vorschlag Nr. 124 – Öffnung der Bastei für die Kölner

Herr Reiferscheid verweist auf den Ratsbeschluss vom 14.07.2011, in dem die Verwaltung aufgefordert wurde, Gespräche zu führen mit dem Eigentümer und Pächter der Bastei mit dem Ziel, eine Öffnung des Gastronomiebetriebes für Jedermann zu erreichen und am Fuße der Bastei eine Außen-gastronomie zu errichten. Er bittet, dass dieser Ratsbeschluss in die Stellungnahme der Verwaltung einfließt.

Frau Berscheid verweist ergänzend darauf, dass auch die Bezirksvertretung Beschlüsse gefasst hat, in denen die öffentliche Nutzung der Bastei gefordert wurde.

Herr Mevenkamp schließt sich den Forderungen von Herrn Reiferscheid und Frau Berscheid an.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stellungnahme wird nachgereicht, es sind noch weitere Abstimmungen erforderlich.

Seite 57, Rang 20, Vorschlag Nr. 441 – Unterführungen und Tunnel reinigen und künstlerisch gestalten

Frau Berscheid verweist auf eine Mitteilung der Verwaltung, mit der der BV am 15.12.2011 unter TOP 10.2 ein Konzept zur Reinigung der Unterführungen vorgestellt wurde und erwartet, dass der Inhalt der Mitteilung in die Stellungnahme der Verwaltung aufgenommen wird.

Frau Tillessen ist der Auffassung, dass Kunst nicht gänzlich ausgeschlossen werden darf, da es durchaus möglich ist, sie so auszugestalten, dass sie auch pflegbar ist.

Herr Graf vermisst in der Stellungnahme der Verwaltung die Antwort auf die Frage zur Reinigung der Unterführungen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stiftung "Lebendige Stadt" hat im vergangenen Jahr die Kommunen aufgefordert, sich um die Förderung zur Illumination von Bahnunterführungen zu bewerben. Der Abgabetermin war der 31.10.2011.

Die Stadt hat sich in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie AG mit zwei Projekten beworben, die bei Ortsterminen der Bezirksvertretung Innenstadt und dem Gestaltungsbeirat im Vorfeld bereits vorgestellt wurden:

- die Unterführung Marzellenstraße und
- die Unterführungen Trankgasse und Johannisstraße

Das Projekt „Illumination der Bahnunterführung Marzellenstraße in Köln Altstadt-Nord“ wurde von der Stiftung „Lebendige Stadt“ angenommen und wird mit 25.000 EUR zur Realisierung unterstützt. Mit der Illumination ist das Ziel verbunden, den öffentlichen Raum positiv aufzuwerten und für die Fußgänger und Radfahrer angstfrei und attraktiv zu gestalten.

Die Reinigung der vorhandenen städtischen Glasbausteinwand im Tunnel sowie der Schutz vor Verunreinigungen wird nach Ende der Frostperiode in die Wege geleitet. Zudem ist das Konzept soweit ausgearbeitet, dass es im Anschluss an die Reinigung zeitnah umgesetzt wird.

Der ebenfalls eingereichte Antrag zur Umsetzung eines neuen Beleuchtungskonzeptes für die Bahnunterführungen Johannisstraße und Trankgasse südlich des Bahnhofs wurde nicht angenommen. Die zeitliche Umsetzung soll gemeinsam mit der Umsetzung des Förderprojektes „Östliche Domumgebung“ erfolgen. Die Finanzierung hierfür muss allerdings noch gesichert werden.

Sparen**Seite 81, Rang 12, Vorschlag Nr. 285 – Nutzung der Vermietung von Dachflächen zur Energieversorgung**

Herr Reiferscheid erwartet, dass die Verwaltung ihre Stellungnahme nacharbeitet und auch auf die Frage nach den Dachflächen der KölnMesse und des Stadthauses eingeht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verpachtung von Dachflächen an externe Dritte bezieht sich ausschließlich auf Dachflächen städtischer Immobilien, die sich im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft befinden (z.B. Schulen, Kindertagesstätten). Weder die KölnMesse noch das Stadthaus erfüllen diese Voraussetzungen.

Seite 91, Rang 21, Vorschlag Nr. 515 – Laubbläser auf öffentlichen Grundstücken einschränken

Frau Dr. Reimers kann die Stellungnahme der Verwaltung nicht nachvollziehen, da das Thema seit Jahren sowohl im Beschwerdeausschuss als auch im Verkehrsausschuss und in der Bezirksvertretung besprochen wird und die Verwaltung immer zugesichert hat, dass keine neuen Geräte mehr beschafft werden. Sie erwartet, dass die Verwaltung bei dieser Aussage bleibt und tatsächlich keine neuen Geräte mehr beschafft werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün hat in seiner Sitzung am 20.09.2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Ausschuss Umwelt und Grün stimmt zu, dass auch zukünftig Laubblasgeräte beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen in der Grünunterhaltung eingesetzt werden können, um öffentliche Wege in und an Grünanlagen von Laub und Rasenschnitt zu befreien und so die verkehrssichere Begehbarkeit herzustellen. Der Ausschuss legt besonderen Wert darauf, dass das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen bestrebt ist, die eingesetzten Geräte auf dem neuesten Stand der Technik zu halten, um negative Eigenschaften, insbesondere Lärmemissionen soweit wie möglich zu reduzieren. Die konkreten Gerätestandards sind dem Ausschuss vorzulegen. Der Bedarf zum Kauf der in den Anlagen aufgeführten Geräte wird festgestellt. Das Beschaffungsprogramm kann eingeleitet werden.“ (Beschlussvorlage 3487/2010)

Seite 94, Rang 23, Vorschlag Nr. 477 – Überflüssige Ampeln

Herr Dahm bittet, den letzten Absatz der Verwaltungs-Stellungnahme wie folgt umzuformulieren: „Aus Sicht der Verwaltung ist der Vorschlag in Teilen umgesetzt, eine weitere Umsetzung im Bereich Nachtabschaltung ist nicht möglich. Eine weitere Demontage von Ampeln nachdem eine Alternative zur Verkehrsregulierung gefunden wurde wird angestrebt.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat keine Bedenken, die Textänderung zu übernehmen.